

## Einheit von Forschung und Lehre?

Die DDR-Forschung und ihr Niederschlag im akademischen Lehrbetrieb

Peer Pasternack, Wittenberg/ Leipzig

### Problemstellung und Untersuchungsdesign

Die wissenschaftliche Erforschung der DDR findet zunehmend an Hochschulen statt. Obgleich es eine unübersichtliche Landschaft von Institutionen und Projekten gibt<sup>1</sup>, ist in der DDR-Forschung ein »Trend zu den Hochschulen« erkennbar (Mählert 1999, S. 875 f.). Unmittelbar aus der solcherart verankerten Erforschung speist sich die wissenschaftliche Vermittlung der DDR-Geschichte. Doch trotz der engen Bindung von akademischer Forschung und Lehre liegt letztere, soweit sie die DDR zum Gegenstand hat, bisher gänzlich im Dunkeln. Die DDR-Forschung nach 1989 ist in unzähligen Sammelbänden dokumentiert, von denen wenigstens die Hälfte behauptet, einen »ersten Überblick« oder eine »Zwischenbilanz« zu den Forschungsanstrengungen zu liefern. Zur Lehre hingegen finden sich nur gelegentliche Randbemerkungen, die augenscheinlich nicht auf empirischer Basis, sondern infolge von Alltagseindrücken formuliert werden, so wenn Kowalczuk (1999, S. 113) während der Sitzungen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages moniert, dass Opposition, Widerstand und Repression nicht zu den zentralen Gegenständen der Lehre an den deutschen Hochschulen zählten.

Diejenigen, die künftig z. B. an Schulen Wissen über die DDR vermitteln sollen, werden heute an den Hochschulen ausgebildet. Heute entscheidet sich, ob die DDR-Geschichte künftig eine angemessene Berücksichtigung in Lehrplänen und in der Unterrichtsgestaltung erfahren wird, und wie die gegenwärtig bzw. künftig auszubildenden Lehrerinnen und Lehrer diesen Teil deutscher Nachkriegsentwicklung werden unterrichten können. Was sie während des Studiums nicht wissenschaftlich vermittelt bekommen, werden sie danach kaum in den Unterricht transformieren können.

Doch auch über die schulische Verwendung hinaus ist es erforderlich, die DDR in der akademischen Lehre präsent zu halten. Davon ist

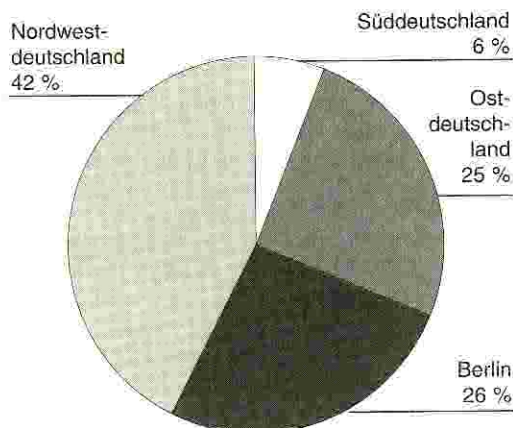
wesentlich abhängig, welchen Stellenwert die DDR-Geschichte langfristig in der politischen Bildungsarbeit einnehmen wird, ob DDR-Erfahrungen produktiv für gesellschaftliche Gegenwart- und Zukunftsbewältigung genutzt werden können und ob die Sozialintegration zwischen Ost und West z. B. über die Medien befördert (oder behindert) werden wird. Um die damit angerissenen Probleme zu lösen, bedarf es an allen Orten, an denen Soziologen, Politikwissenschaftler, Sozialarbeiter, Journalisten sowie Geschichts-, Sozialkunde-, Deutsch- und Religionslehrer und -lehrerinnen ausgebildet werden, entsprechender und möglichst verstärkter Lehrangebote.

Letztlich sind hier auch legitimatorische Fragen der DDR-Forschung berührt. Die immense Umlenkung von Forschungsgeldern und sonstigen -ressourcen in diesen Bereich (einschließlich der Transformationsforschung, d. h. der Analyse des gesellschaftlichen Wandels seit 1989) ist auf Dauer nur vertretbar, wenn die Ergebnisse angemessen in den Bereich des akademischen Wissenstransfers und darüber in die gesellschaftliche Wissenszirkulation eingespeist werden. Daher schien es von Interesse zu untersuchen, wie sich die auf die DDR bzw. auf Ostdeutschland bezogenen Aktivitäten im universitären Lehrgeschehen seit 1990 entwickelt haben.<sup>2</sup>

1 Mählert (1999, S. 875 f.) nennt: Institute, die in der Nachwendezeit vor allem in Berlin von MitarbeiterInnen abgewerkelter DDR-Forschungseinrichtungen gegründet wurden; historische Forschung bei den großen parteinahen Stiftungen; Forschungsgruppen, die z. B. bei den Kirchen angesiedelt sind; regionalgeschichtliche Einrichtungen in Landesträgerschaft, die sich selbst zwar nicht zum Bereich der DDR-Forschung zählen, aber für ihr Einzugsgebiet entsprechende Dokumentations- und Forschungsleistungen erbringen; Einrichtungen der politischen Bildung; zeitgeschichtliche Vereinigungen; Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbände, d. h. Basisinitiativen, die häufig lokale Archive oder Dokumentationszentren betreiben, Erlebnisberichte und Dokumentationen veröffentlichen oder Zeitzeugen für die Forschung vermitteln.

2 Angeregt und unterstützt durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin.

**Abbildung 1**  
**Lehrangebot zusammengefasst nach**  
**Großregionen**



Das methodische Design der Untersuchung umfasste zunächst die Recherche nach Lehrveranstaltungen, was auf zwei Wegen geschah: Erstens wurde im Rahmen einer Tiefenprüfung für zwölf exemplarisch ausgewählte Universitäten<sup>3</sup> eine Retrospektivrecherche durchgeführt; dabei waren alle DDR-geschichtlichen Lehraktivitäten der Jahre 1990 bis 2000, d. h. für 22 Semester, zu erfassen. Zweitens wurde eine Totalerhebung unternommen, innerhalb derer von sämtlichen 88 deutschen Universitäten einschließlich der Pädagogischen Hochschulen je ein Vorlesungsverzeichnis für ein Semester aus dem Jahre 2000 bzw. 2001 systematisch auszuwerten war; so entstand ein gleichsam virtuelles Semester aller deutschen Universitäten, zusammengesetzt aus Daten der 2000 und 2001 stattgefundenen drei Hochschulseminer. Die derart recherchierten Veranstaltungen wurden in einer Datenbank erfasst und anschließend mithilfe einer dreistufig hierarchisierten Liste verschlagwortet. Damit wurden die Voraussetzungen für eine statistische Auswertung geschaffen, in deren Rahmen Häufigkeitsauszählungen und Korrelationsanalysen durchgeführt werden konnten.

### Ergebnisse

Im Rahmen der Tiefenprüfung 1990 bis 2000 für zwölf Universitäten konnten 1421 Veran-

staltungen recherchiert werden; die Totalerhebung 2000/2001 für alle 88 deutschen Universitäten ergab 140 Vorlesungen und Seminare. Mithin sind es 1561 Lehrangebote, auf denen die im Weiteren zu referierenden Auswertungen beruhen.

### Regionale Verteilung

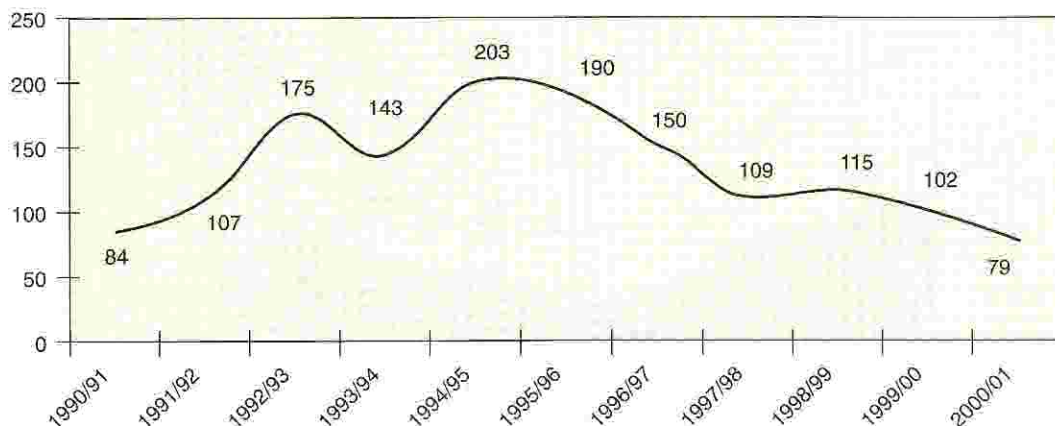
Gemessen an den 2000/01 angebotenen Lehrveranstaltungen zeigt sich folgendes Bild der Regionalverteilung universitärer Lehre zu Ostdeutschland-spezifischen Themen (Abb. 1): In Süddeutschland ist eine nur geringe Aufmerksamkeit für DDR-Geschichte und aktuelle ostdeutsche Entwicklungen erkennbar; in Nordwestdeutschland (d. h. oberhalb der Mainlinie) erscheint die Situation – nicht zuletzt im Verhältnis zur Bevölkerungs- und Studierendenzahl – durchaus ausgewogen; Ostdeutschland hat, gemessen am gesamtdeutschen Einwohneranteil, ein adäquates Lehrangebot, und schneidet, gemessen am gesamtdeutschen Studierendenanteil, deutlich überdurchschnittlich ab; Berlin muss als Sonderfall gelten, da allein ein Viertel aller ostdeutschlandspezifischen Lehrveranstaltungen 2000/01 an den drei Berliner Universitäten stattgefunden hat.

Werden die ostdeutschen Bundesländer und Berlin zusammengerechnet, dann ergibt sich: Die Hälfte aller hier interessierenden Vorlesungen und Seminare finden in Ostdeutschland statt. Nun darf es kaum überraschen, dass im Osten Deutschlands ein ausgeprägtes Interesse an der eigenen Geschichte und der analytischen Erfassung der Gegenwart vorhanden ist. Es liegt nahe, dass sich dies auch in entsprechenden akademischen Lehrangeboten niederschlägt. Einerseits wird diese Tendenz befördert durch

3 Freie Universität Berlin, Humboldt-Universität zu Berlin, Technische Universität Berlin, Universität Freiburg, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Universität Hamburg, Universität Kiel, Universität Leipzig, Universität Mannheim, Bergische Universität Gesamthochschule Wuppertal. Der Auswahl dieser Universitäten lagen folgende Kriterien zu Grunde: westdeutsche – ostdeutsche Universitäten (8:4); innerhalb der westdeutschen Universitäten: nordwestdeutsche – südwestdeutsche Universitäten (4:4); innerhalb der ostdeutschen Universitäten: nordostdeutsche – südostdeutsche Universitäten (2:2); große – kleine Universitäten (5:7); Metropolenuniversitäten – Universitäten in Mittelstädten bzw. kleineren Großstädten (5:7).

**Abbildung 2****Konjunkturkurve des DDR-Themas im Lehrangebot**

(Anzahl der Lehrveranstaltungen ermittelt für 12 exemplarische Universitäten [Tiefenprüfung])



die ostdeutschen WissenschaftlerInnen, die auch nach den diversen Evaluierungen noch an den Hochschulen anzutreffen waren. Andererseits kam neues Personal aus Westdeutschland an die ostdeutschen Hochschulen und empfand die Atmosphäre als so interessant wie spannungsgeladen, so dass eine Annäherung an die Situation durch ein Forschungsprojekt und/oder eine Lehrveranstaltung nahe lag.

Eine andere Frage ist dagegen, ob allein damit hinreichend erklärt ist, dass volle 50 % dieser Lehrangebote in Ostdeutschland annonciert werden. Immerhin leben in den ostdeutschen Bundesländern einschließlich Berlin nur 21 % der gesamtdeutschen Einwohnerschaft und sind dort nur 19 % der insgesamt 1,3 Millionen Universitätsstudierenden in Deutschland eingeschrieben.<sup>4</sup> Andererseits ist das Ergebnis, dass 48 % der Lehrveranstaltungen in westdeutschen Bundesländern stattfinden, positiver als ein entsprechender Befund zu DDR-bezogenen Forschungsaktivitäten. Dazu gibt Mählert (1999, S. 871) an, dass sich die Projekte zur DDR-Geschichte zu »beinahe gleichen Teilen« auf die westdeutschen Bundesländer, die ostdeutschen Bundesländer und Berlin verteilten. Mit anderen Worten: nur ca. ein Drittel der Forschungen zur DDR findet in Westdeutschland statt, aber die Hälfte der Lehrveranstaltungen zur DDR bzw. zu Ostdeutschland werden an westdeutschen Universitäten angeboten.

*Themenkarriere der DDR*

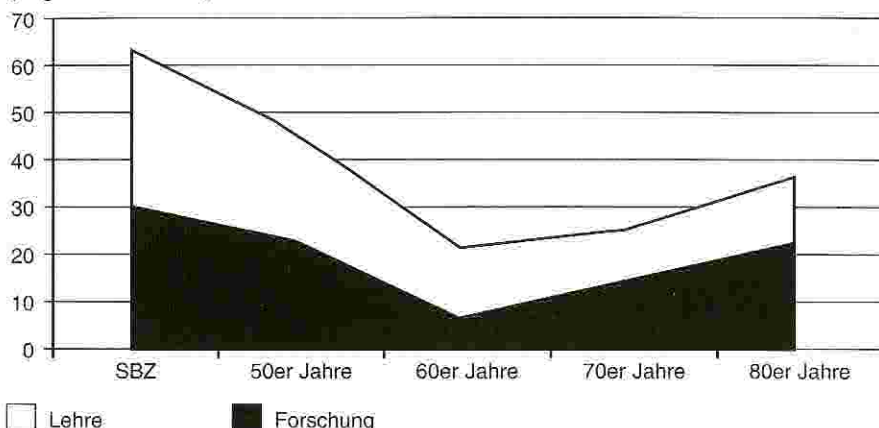
Die Themenkarriere der DDR im akademischen Lehrbetrieb zeigte zunächst eine fast lineare Aufwärtsbewegung von Anfang bis Mitte der neunziger Jahre; seitdem zeigt sie eine fast ebenso lineare Abwärtsbewegung (Abb. 2). Insgesamt haben von 1990 bis 2000/01 an den deutschen Universitäten rund 3.700 Lehrveranstaltungen zur DDR bzw. zu Ostdeutschland stattgefunden.<sup>5</sup> Das ergibt eine Quote von 1,8 Vorlesungen oder Seminare pro Hochschule und Semester. Dieses positiv erscheinende Ergebnis wird allerdings erheblich dadurch relativiert, dass ein Viertel aller Lehrveranstaltungen in Berlin stattfand und ein weiteres Viertel in den ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin); die andere Hälfte verteilt sich auf den weitaus größeren west- und süddeutschen Teil des Bundesgebiets.

4 An den Berliner Universitäten studieren 103 208 StudentInnen; auf 140 240 summiert sich die Anzahl der an den Universitäten in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen eingeschriebenen Studierenden (1999).

5 Die Zahl beruht auf einer Hochrechnung, für welche die Daten der Tiefenprüfung (12 Universitäten, 1990–2000) mit plausibilisierenden Annahmen, die sich aus der Totalerhebung (alle Universitäten für 2000/01) ableiten ließen, gekreuzt wurden.

Abbildung 3

Aufmerksamkeitsverteilung für die Phasen der DDR-Geschichte in Forschung und Lehre seit 1990  
(Angaben in Prozent)



### Ranking der DDR-Jahrzehnte

Thematisch ist für sämtliche universitären Vorlesungen und Seminare zu ostdeutschlandspezifischen Themen zweierlei zu konstatieren: In 65 % aller Lehrveranstaltungen war die DDR historischer Gegenstand. In 26 % wurde eine Analyse des Transformationsgeschehens in den ostdeutschen Bundesländern betrieben.<sup>6</sup> Das scheint ein ausgewogenes Verhältnis von geschichtlicher und Gegenwartsbehandlung zu sein.

An der Spitze der Beachtung liegen die Jahre der Transformationsphase nach 1989. Es folgt statistisch die SBZ (1945–1949), mithin die Konstitutionsphase des politischen Systems der DDR. Auch die fünfziger Jahre finden sich intensiv in der akademischen Lehre berücksichtigt. Auf Platz 4 folgen die sechziger Jahre, wenngleich sie nur etwa die Hälfte der Aufmerksamkeit erzielen, welche die SBZ erlangt. Noch etwas unter den sechziger Jahren liegen die Achtziger, also die Schlussphase der DDR. Diese werden durch die siebziger Jahre noch unterboten, die das geringste Interesse auf sich ziehen.

Ulrich Mähler (1999) hat in einer Auswertung von Forschungsprojekten zur DDR-Geschichte festgestellt, dass auch dort bestimmte Schwerpunkte erkennbar sind. Neben 25 % von Projekten, die den gesamten Zeitraum der DDR-Exi-

stenz in den Blick nehmen, verteilt sich die Aufmerksamkeit folgendermaßen: 25 % der Projekte widmen sich der Zeit vor dem Mauerbau (dabei dominieren solche zur Besatzungszeit und zur Konstituierungsphase des politischen Regimes 1945 bis 1952). 20 % befassen sich mit den siebziger und achtziger Jahren (mit einem deutlichen Schwerpunkt auf den Achtzigern und dem unmittelbaren Umbruch 1989/90); 9 % beginnen ihren Betrachtungshorizont vor dem Jahr 1945; 5 % nehmen die DDR vom Mauerbau bis zum Untergang ins Visier. Als auffällig notiert Mähler ein geringes Interesse an den sechziger und siebziger Jahren (nur 3 %): »Offenkundig haben bislang vor allem der Aufbau und der Fall der zweiten deutschen Diktatur die Aufmerksamkeit der Forschung erregt.« (Mähler 1999, S. 863)

Spiegelt sich dieses Bild der Forschungsanstrengungen auch in den Lehraktivitäten? Hier ist zunächst auffällig, dass sehr viel weniger Lehrveranstaltungen als Forschungsprojekte eindeutig einzelnen Phasen zugeordnet werden können. Lediglich 31 % aller Vorlesungen und Seminare behandeln Gegenstände, die zeitlich

6 Bei 4 % der auf Ostdeutschland bezogenen Vorlesungen und Seminare gab es Überschneidungen in der Behandlung von Geschichte und Transformationsprozess; sie sind daher bei der Berechnung je hälftig abgezogen worden. Die verbleibenden 5 % sind Lehrveranstaltungen, die nicht eindeutig der Zeit vor oder nach 1989 zugeordnet werden konnten.

genau spezifizierbar sind. Dies mag mit den besonderen Anforderungen der Lehre zusammenhängen, die häufiger nach Veranstaltungen wie »Das Rechtssystem der DDR« oder »Die politische Funktion der FDJ im Herrschaftssystem der DDR« verlangt, die also Themen aus curricularen und didaktischen Gründen eher problemzentriert als zeitlich spezifiziert präsentieren muss. Wo nach Mähler's Analyse etwa 30 % der Forschungsprojekte große Zeiträume umfassen (25 % die gesamte DDR, 5 % vom Mauerbau bis zum Ende der DDR), sind es bei den Lehrveranstaltungen 69 %.

Insgesamt ließen sich die Themen von 478 Veranstaltungen einzelnen Jahrzehnten zuordnen und für diese die Anteile der einzelnen Jahrzehnte ermitteln. Damit ein Vergleich mit dem Forschungsgeschehen hergestellt werden kann, haben wir Mähler's Angaben nach dem gleichen Muster umgerechnet (und vage Angaben wie »dabei dominieren« oder »deutlicher Schwerpunkt« in plausibilitätsgestützte quantitative Annahmen übersetzt). Deutlich sichtbar (Abbildung 3) wird, dass die Aufmerksamkeitskurven für einzelne Phasen der DDR-Geschichte in Forschung und Lehre ähnlich verlaufen.

Generalisierend lässt sich sagen: Die inhaltlichen Schwerpunkte, gesichtet nach Phasen der DDR-Geschichte, stützen für den Bereich der wissenschaftlichen Befassung mit der DDR die Annahme, dass hier die Einheit von Forschung und Lehre lebendig ist.

### *Sachthemenanalyse*

Bei den Sachthemen ergibt sich ein Ranking, das sowohl Erwartbares wie Überraschendes offenbart. Mit weitem Abstand nehmen Lehrveranstaltungen die Spitzenposition ein, die sich mit dem ostdeutschen Kulturleben und der DDR-Kulturpolitik (24 %) sowie mit dem Politischen System und der Verwaltung (22 %) befassen. Ersteres überrascht zunächst, letzteres ist – da die hierzu gehörenden Themen auch in der geschichtswissenschaftlichen DDR-Forschung und in öffentlichen Debatten sehr deutlich präsent sind – kaum verwunderlich. Detailauswertungen verschaffen genauere Aufschlüsse.

Das Themenfeld Kulturleben und Kulturpolitik wird in der akademischen Lehre zu zwei Drit-

teln von der DDR-Literatur besetzt. Das erklärt sich zunächst aus dem hohen Anteil, 19 %, den die Germanistik bei Lehrveranstaltungen im hier verhandelten Themenfeld erbringt. Er wird zudem plausibler, wenn man sich den deutsch-deutschen Literaturstreit der neunziger Jahre über die »Staatsdichter« der DDR vor Augen hält. Andererseits aber hat es einen vergleichbaren Streit auch zur Bildenden Kunst gegeben, dort geführt unter dem Stichwort »Auftragskunst«. Dennoch blieb der Niederschlag des Letzteren im universitären Lehrgeschehen vergleichsweise mager. Eine Erklärung findet sich in der Größe der beiden »zuständigen« Disziplinen: Wo die Kunstgeschichte zu den so genannten Kleinen Fächern zählt, ist die Germanistik ein Massenfach. Entsprechend benötigt die Germanistik Themenmaterial in großem Umfang, um ihre zahlreichen Lehrveranstaltungen zu bestücken. Folglich wächst die Chance, dass auch Themen, die unter anderen Umständen als nicht so zentral gelten würden, die Weihe der Behandlung erfahren.

Theater, Spielfilm, Bildende Kunst und Architektur/Städtebau kommen unter dem Hauptschlagwort »Kulturleben und Kulturpolitik« nicht übermäßig häufig vor, sind aber wahrnehmbar präsent. Dagegen sind andere Themen, für die Aufmerksamkeit hätte vermutet werden können, de facto nicht präsent. Das gilt insbesondere für die DDR-Musik sowie für Denkmalkultur und -pflege, was für letztere nicht zuletzt auf Grund der Debatten über Denkmalkultur der DDR und den Umgang mit DDR-Denkmalen verwundern darf.

Die Detailauswertung zum Themenfeld »Politisches System und Verwaltung« ergibt: Die Außenpolitik, das Rechtssystem und die DDR-Massenmedien finden vergleichsweise größere Aufmerksamkeit. Dies lässt sich nicht sagen für die Themen SED (lediglich 2 %) und, mit noch geringerer Quote, für Massenorganisationen und Blockparteien. Letztere sind als Thema von Lehrveranstaltungen überhaupt nicht wahrnehmbar. Ebenfalls praktisch nicht existent ist die DDR-Militär- und Verteidigungspolitik.

Als nicht ganz so selbstverständlich wie die Prominenz des Politik-Themas muss es erscheinen, dass Platz 3 der Gesamtwertung mit 15 % von sozialgeschichtlichen Themen bzw. Themen zum Alltag in der DDR gehalten wird.

Damit kommt die Sozialgeschichte der ostdeutschen Gesellschaft fünfmal so häufig wie die DDR-Opposition und zweieinhalbmal so häufig wie die ostdeutsche Wirtschaft in der akademischen Lehre vor – um es mit zwei Beispielen zu kontrastieren, bei denen die öffentlichen Debatten anderes nahe legen könnten.

Einen vergleichsweise hohen Anteil von Lehrveranstaltungen weist das Bildungssystem auf (10 %). Davon wiederum waren 57 % der Schule in der DDR bzw. der Transformation des ostdeutschen Schulwesens nach 1989 gewidmet. 23 % befassten sich mit Geschichte oder Gegenwart der ostdeutschen Hochschulen. (Der Rest hatte allgemeine Fragen oder Bereiche wie Erwachsenen- oder Berufsbildung zum Gegenstand.) Für den überproportionalen Anteil der Schulthemen zeichnen vor allem die erziehungswissenschaftlichen Institute verantwortlich. Für sie war die Schule eine nahe liegender Gegenstand, die biographischen Brüche der durch den Systemumbruch gekennzeichneten Gegenwart analytisch in den Blick zu bekommen.

Wissenschaftsgeschichte und -politik kommen auf 6 %. Hier entstand ein Großteil der Lehrveranstaltungen daraus, dass WissenschaftlerInnen die Geschichte ihres Faches zum Gegenstand ihrer Forschungen machten und entsprechende Seminare anboten.

7,5 % der Aufmerksamkeit können das Wirtschaftssystem der DDR bzw. die Wirtschaftspolitik der Transformationsjahre seit 1989 auf sich ziehen. Angesichts der Bedeutung der Wirtschaftspolitik für den DDR-Zusammenbruch wie auch der Dramatik des ökonomischen Transformationsgeschehens der neunziger Jahre hätte gewiss auch mehr erwartet werden können. Dass nicht mehr Veranstaltungen angeboten werden, ist zuvörderst dem gebremsten Interesse der hier vorrangig »zuständigen« Wissenschaftsdisziplinen – BWL und VWL – zuzuschreiben: So konnten für die Wirtschaftswissenschaften in der Tiefenprüfung nur 21 Lehrveranstaltungen in 22 Semestern an zwölf Universitäten nachgewiesen werden. In der Totalerhebung 2000/01 kommen Volks- und Betriebswirtschaftslehre an keiner einzigen Universität mehr mit einer ostdeutschlandbezogenen Lehrveranstaltung vor. Gründe für dieses Desinteresse dürften in der stark verwertungsorientierten

Ausbildungsorientierung, wie sie in den Wirtschaftswissenschaften vorherrscht, zu suchen sein. Der überwiegende Teil der Seminare zur DDR-Wirtschaft bzw. ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung – insgesamt waren 105 recherchiert worden – sind politikwissenschaftliche oder soziologische Veranstaltungen.

Andere Themen sind ausgesprochen gering in den Lehrveranstaltungen vertreten: Opposition, Widerstand und Repression zählen nicht zu den zentralen Gegenständen der Lehre an den deutschen Hochschulen. Nur 60 von insgesamt 1.421 erfassten Vorlesungen und Seminaren waren zum Thema Opposition und Widerstand zu ermitteln (4 %). Ähnlich sieht es für den Repressionsaspekt aus: MfS/Polizei kamen als Seminarthema nur zwölfmal vor (0,8 %). Das oben zitierte Monitum von Kowalczyk (1999, S. 113) ist damit empirisch bestätigt worden. Ebenso spielt das Thema Religion und Kirchen mit 40 Veranstaltungen keine herausgehobene Rolle. Das kann durchaus verwundern: Die hohe Säkularisierungsquote innerhalb eines geschichtlich kurzen Zeitraums, die politische Rolle der Kirchen in der DDR als nahezu einzigem weitgehend staatsfreiem Raum und ihre Rolle im Herbst 1989 hätten es plausibel erscheinen lassen, wenn Religion und Kirchen in den Lehrprogrammen stärker vorkämen.

Dass die Themen Antifaschismus, Ideologie und Sozial- und Gesundheitspolitik nur sehr selten vorkommen, überrascht, wenn man sich die in der DDR staatstragende Bedeutung der dahinter stehenden Inhalte vergegenwärtigt. Ebenso verstehen sich die nur 18 recherchierten Lehrveranstaltungen zum Thema Freizeit/ Sport nicht von selbst, wenn berücksichtigt wird, dass unter Sport auch der Leistungssport fällt – und dieser hatte zentrale Bedeutung in der kulturellen Legitimationskonstruktion der DDR, wie er ebenso durch die nachträglichen Doping-Enttüllungen der neunziger Jahre permanent im öffentlichen Bewusstsein war. Unterhalb der Wahrnehmbarkeitsschwelle bleiben Vorlesungen oder Seminare zu den Themen Ländliches Leben und Ökologie/Umweltpolitik. Insbesondere bei letzterem Thema kann eine deutliche Diskrepanz zwischen der Behandlung in der Lehre und in der Forschung konstatiert werden. In der Lehre de facto nicht präsent, sind die desaströsen Zustände der Umwelt in der DDR

sowie die (kleine und weitgehend illegalisierte) Umweltschutzbewegung durch die Forschung mittlerweile breit dokumentiert und analysiert. Solche Differenzen zwischen Forschungsaktivitäten und Lehrangeboten zeigen sich auch für andere Themen. Mählerts bereits mehrfach erwähnte Auswertung von Forschungsprojekten – die, wie zu betonen ist, auch außeruniversitär angesiedelte Projekte analysierte – kam zu folgenden zusammenfassenden Aussagen: 10 % der Forschungsvorhaben widmeten sich dem Themenfeld »Opposition, Verfolgung und MfS«. Auf 20 % gelange die Zählung, wenn alle Bereiche der inneren und äußeren Sicherheit der DDR (Justiz, MfS, Polizei, Militär) sowie parteistaatliche Repressionen addiert werden. Ebenfalls einen Anteil von 20 % hielten wirtschafts- und sozialgeschichtliche Fragestellungen. Der Kulturbereich habe nach einer Aktivitätsspitze Anfang der neunziger Jahre wieder abgenommen, doch DDR-Medien und -Filmproduktion weckten fortdauernd das Interesse der ForscherInnen. Auffällig sei das geringe Interesse an den Parteien und Massenorganisationen, allen voran an der SED. Gleiches gelte für die Außenpolitik (Mählert 1999, S. 865).

#### *Die DDR im Vergleich*

Der Vergleich gilt in Geschichts- und Sozialwissenschaften weithin gleichsam als Königsweg. Mit ihm kann die Forschung produktiv das Problem bearbeiten, dass sie es immer mit singulären Ereignissen zu tun hat, dass also, anders als in den Naturwissenschaften, experimentelle Überprüfungen in der Regel ausgeschlossen sind. Der Vergleich biete kausale Erklärungen, die, im Gegensatz zu subjektiver Interpretation der Quellen, überprüfbar sind (Lorenz 1997, S. 270).

Auch für die Erforschung der DDR wurde und wird immer wieder die methodische Forderung nach dem Vergleich erhoben. Parallel war und ist diese Forderung aber auch Nachfragen ausgesetzt: Für viele ForscherInnen folgte aus der Wahrnehmung der DDR vorrangig als »zweiter deutscher Diktatur« gleichsam automatisch, dass der Vergleich mit der ersten, also dem Nationalsozialismus, erfolgen müsse. Daran knüpfte sich vor allem seitens ostdeutscher HistorikerInnen der Verdacht, hier werde eine

implizite Gleichsetzung zur Grundlage gemacht. Sie forderten statt dessen eine sehr viel stärkere Berücksichtigung des Vergleichs zwischen Bundesrepublik und DDR. Beide deutsche Staaten und Gesellschaften sollten, so wurde insistiert, als zwei deutsche Modernisierungspfade der Nachkriegszeit komparatistisch ins Verhältnis gesetzt werden.

Wenn die Lehrveranstaltungen daraufhin ausgewertet werden, ob sie als Methode der Betrachtung ausdrücklich den Vergleich mobilisieren, dann ergibt sich: 15 Prozent des Lehrangebots vergleichen die DDR bzw. Ostdeutschland nach 1989 mit einem Dritten. Im Einzelnen findet die Komparatistik in drei Richtungen statt. Stark auffällig ist dabei, dass der Vergleich zwischen Nationalsozialismus und DDR in der Lehre kaum eine Rolle spielt: Nur 1,8 % aller Veranstaltungen widmeten sich diesem Vergleich. Noch geringer ist dies lediglich beim Vergleich zwischen DDR und anderen (früheren) sozialistischen Staaten (0,5 %). Dagegen stößt der Vergleich zwischen DDR und Bundesrepublik bzw. ost- und westdeutschen Bundesländern auf beachtliche Akzeptanz (12,5 % Anteil am Lehrgeschehen).

Insbesondere das mittlere Datum verweist auf verschenkte Chancen. Die sich hier bietende Möglichkeit des synchronen Vergleichs hat gegenüber dem diachronen Vergleich, also dem zwischen NS- und DDR-System, beträchtliche Vorzüge. Darauf weist Christoph Kleßmann hin und zieht zugleich ein ernüchterndes Fazit für den Bereich entsprechender Forschungen: »Das Problem der Zeitverschiebung entfällt weitgehend. Man hat es mit den gleichen weltpolitischen Rahmenbedingungen und mit Zeitgenossenschaft zu tun. Der Ausgangspunkt der politischen Determinanten des Herrschaftssystems ist ähnlich oder gleich und innerhalb dieser in Grundzügen vorgegebenen gleichen Rahmenbedingungen kann man dann sehr viel besser die Besonderheiten, die Wirksamkeit nationaler Traditionen, die Möglichkeiten und Spielräume nationaler und gruppenbezogener Akteure erfassen. Diese Forderung nach Vergleichen mit osteuropäischen Ländern wird ebenso oft erhoben wie selten realisiert.« (Kleßmann in Deutscher Bundestag 1999, S. 133)

Auch für die akademische Lehre kann dies, wie die erhobenen Daten zeigen, bestätigt werden.

Im Hinblick auf die anderen beiden Vergleiche lässt sich zusammenfassen: Der NS-DDR-Vergleich spielt zumindest im Lehrgeschehen nur eine untergeordnete Rolle. Siebenmal häufiger als mit dem Nationalsozialismus wird die DDR bzw. Ostdeutschland mit der Bundesrepublik bzw., für die Zeit nach 1989, mit den westdeutschen Bundesländern verglichen.

Diese starke Akzeptanz der vergleichenden Betrachtung Ost- und Westdeutschlands wird bestätigt, wenn das Rechercheset daraufhin geprüft wird, wie stark sich die DDR im gesamtdeutschen Kontext behandelt findet. Immerhin 43 % aller Lehrveranstaltungen zur DDR (ohne die zu Ostdeutschland nach 1989) ordnen sie in die gesamtdeutsche Nachkriegsentwicklung ein. Mithin: Die DDR wird weithin als Bestandteil der deutschen Geschichte akzeptiert und nicht – wie allerdings in zahlreichen anderen Bereichen<sup>7</sup> – als dringlich zu separierender Sonderfall marginalisiert.

### Fazit

Das wichtigste Ergebnis der Untersuchung war die Themenkarriere der DDR in der akademischen Lehre mit ihrer fast linearen Aufwärtsbewegung vom Anfang bis zur Mitte der neunziger und dem stetigen Abfall in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. 2000/2001 war an 54 der insgesamt 88 deutschen Universitäten (62 %) keine einzige explizit ostdeutschlandbezogene Lehrveranstaltung zu recherchieren. Sofern es richtig ist, dass an allen Orten, an denen Geschichts-, Sozialkunde-, Deutsch- und ReligionslehrerInnen sowie SozialwissenschaftlerInnen ausgebildet werden, Lehrangebote zur DDR nötig sind, dann ist hier ein gravierendes Problem zu konstatieren. Abhängig ist dessen Ausmaß von der Interpretation des Befundes und von der weiteren Entwicklung.

Der Befund kann in drei Richtungen interpretiert werden: als Ausdruck der Konjunktur eines Themas, das zunächst durch Neuigkeitswert ausgezeichnet war, und bei dem nach einer zeitweiligen Konjunkturerhitzung eine Normalisierung des Interesses eintritt; als Ausdruck einer Entwicklung weg von der DDR als separiertem Betrachtungsgegenstand und dafür hin zur DDR als zunehmend integriertem Bestand-

teil in inhaltlich weiter dimensionierten Lehrveranstaltungen, etwa zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte oder zur Geschichte des Ostblocks; als Ausdruck eines anfänglich kontinuierlichen Aufbaus akademischen Interesses und dessen anschließende stetige Abwärtsbewegung, die Ausdruck von Gleichgültigkeit gegenüber der DDR-Geschichte und den Entwicklungen in den ostdeutschen Bundesländern ist.

Doch gleichgültig, welche dieser Deutungen im Lichte künftiger Entwicklungen Plausibilität gewinnen wird: Gewiss ist es vom Grundsatz her sehr zu begrüßen, dass die DDR eine immer stärker integrierte Behandlung in weiter gefassten Rahmen erfährt. Dennoch sollten LehramtsanwärterInnen, Studierende mit beruflichen Perspektiven im Journalismus oder in der politischen Bildung und sonstige künftige Multiplikatoren eine realistische Chance haben, sich mit der DDR-Geschichte als explizitem Gegenstand ihrer universitären Ausbildung befassen zu können. Daher erscheint es als unabdingbar, dass in möglichst vielen sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächern und an allen Universitäten entsprechende Lehrveranstaltungen angeboten werden.

Wünschenswert ist zweierlei: Ebenso wie das Kaiserreich oder die Weimarer Republik sollte die DDR ein selbstverständlich integrierter Gegenstand thematisch übergreifender Lehrveranstaltungen sein. Zugleich ist es aber auch nötig, dass der DDR – gleichfalls wie dem Kaiserreich oder der Weimarer Republik – separate Lehrveranstaltungen gewidmet werden, denn erst diese erlauben eine seminaristische Vertiefung, die bei den einzelnen Studierenden die wissenschaftlich begründete Urteilsfähigkeit ausbildet, welche einen souveränen Umgang mit der DDR-Geschichte und ihren Nachwirkungen gestattet.

<sup>7</sup> Ein typisches Beispiel: Im Sportjournalismus wird häufig von »der deutschen Mannschaft« gesprochen, die z. B. 1986 zum letzten Male gegen diesen oder jenen Gegner gewonnen habe. Gemeint ist regelmäßig eine bundesdeutsche Mannschaft.

### Literatur

Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit« (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. VII; Herausforderungen für die künftige Aufarbeitung der SED-Diktatur – Perspektiven der internationalen Zusam-

menarbeit bei der Aufarbeitung totalitärer Diktaturen, Baden-Baden 1999.

Ilko-Sascha Kowalczyk: »Zum Schwerpunkt »Opposition und Widerstand sowie Repression«, in: »Stand der Forschung über die DDR-Geschichte sieben Jahre nach der Wiedervereinigung«, in: Deutscher Bundestag (ebd.), S. 111–125.

Chris Lorenz, Konstruktion der Vergangenheit. Eine Einführung in die Geschichtstheorie, Köln-Weimar-Wien 1997.

Ulrich Mählert: »Analyse der zur Zeit in Bearbeitung befindlichen und der bereits abgeschlossenen Forschungsarbeiten zur DDR-Geschichte«, in: Deutscher Bundestag (a. a. O.), S. 857–887.

## Rechte Jugendliche im Osten

### »Ostdeutschen« Erklärungsmustern auf der Spur – das Beispiel Thüringen

Michael Edinger und Andreas Hallermann, Jena

Nimmt man den Tenor der Medienberichterstattung zum Maßstab, muss es schlecht um die ostdeutsche Jugend stehen. Statt als Hoffnungsträger der (Teil-)Nation macht sie durch Fremdenhass und Gewalttaten Schlagzeilen. Im Gefolge wachsenden gesellschaftlichen Problembewusstseins gegenüber der Herausforderung von Rechtsaußen sind die Thüringer Jugendlichen und ihre Altersgenossen in den anderen neuen Ländern gleichsam unter Generalverdacht geraten. Jenseits mancher medialer Überzeichnung illustrieren einige aktuelle Zahlen die beträchtliche Verbreitung rechtsextremen Handelns Jugendlicher. So weist der Thüringer Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2000 einen Anstieg der fast ausschließlich von jungen Leuten begangenen Straftaten mit entsprechendem Hintergrund um zwei Drittel aus; die Zahl der Körperverletzungen verdoppelte sich im selben Zeitraum sogar.<sup>1</sup> Weiterhin liegt zuverlässigen Berichten zufolge die Wahrscheinlichkeit für einen Ausländer, Opfer einer rechtsextremen Gewalttat zu werden, in Ostdeutschland mindestens 20 Mal höher als in den alten Ländern.<sup>2</sup> Bestätigen derartige Statistiken das Bild einer »Problemjugend« zwischen Rostock und Suhl? Ist von einer rechten Jugend in Ostdeutschland auszugehen? Welche Erklärungsmuster für Rechtsextremismus erweisen sich im empirischen Test als stichhaltig? Seriöse Antworten auf diese und verwandte Fragen setzen voraus, dass über den zwangsläufig kleinen Teil der fremdenfeindlich handelnden Gewalttäter hinaus die Einstellungen der Jugendlichen insgesamt analysiert werden. Die weiteren Ausführungen stützen sich folgerichtig weder auf Kriminalstatistiken noch auf Gerichtsakten, sondern auf eine Repräsentativbefragung von 600

Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter zwischen 16 und 29 Jahren. Die im Mai 2001 vom Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap durchgeführte Erhebung ist regional auf den Freistaat Thüringen begrenzt.<sup>3</sup> Gleichwohl erscheint eine Übertragung der Ergebnisse auf den gesamten Osten Deutschlands insoweit plausibel, als in der empirischen Rechtsextremismusforschung bislang keine gravierenden inner-ostdeutschen Unterschiede berichtet worden sind.

Die Auseinandersetzung mit der tatsächlich oder vermeintlich rechten Jugend in den neuen Ländern erfolgt in zwei Schritten: Zunächst gilt es, die Verbreitung entsprechender Orientierungen im Freistaat in Abhängigkeit von sozialstrukturellen Merkmalen wie Alter, Bildung und Geschlecht darzustellen. Dabei stehen wegen einer gleichzeitigen Repräsentativbefragung von 1000 wahlberechtigten Thüringern Vergleichsdaten für die erwachsene Bevölkerung zur Verfügung. Auf der sozialstrukturellen Analyse aufbauend sind dann verschiedene Erklärungsansätze zu überprüfen, vor allem auch solche, die auf die spezifisch ostdeutschen Bedingungskonstellationen rechtsextremer Ein-

1 Der Anstieg von 1118 Straftaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischem Hintergrund auf 1.846 im Jahr 2000 geht zum Teil auf ein verändertes Anzeigeverhalten in der Bevölkerung zurück; vgl. Thüringer Innenministerium: Verfassungsschutzbericht 2000, Erfurt 2001, S. 77. Die massive Zunahme der Gewaltdelikte lässt sich damit freilich nicht erklären.

2 So die die Bevölkerungszahl und den Ausländeranteil einbeziehenden Berechnungen von Christian Pfeiffer: »Mut machen gegen rechte Gewalt«, Süddeutsche Zeitung vom 29. 8. 2000, S. 11.

3 Weitere Ergebnisse dieser Umfrage bei: Klaus Dicke u. a., Jugend und Politik. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2001, Erfurt 2002 (i.E.).